

KARL RIESENHUBER



EU-Vertragsrecht



MOHR SIEBECK

MOHR LEHRBUCH

Karl Riesenhuber
EU-Vertragsrecht



Karl Riesenhuber

EU-Vertragsrecht

Mohr Siebeck

Karl Riesenhuber, geboren 1967, Studium der Rechtswissenschaft in Freiburg i.B. und in Austin/Texas; Promotion 1997; Habilitation 2002; von 2002 bis 2006 zunächst Lehrstuhlvertreter, dann Professor an der Europa-Universität Viadrina, Frankfurt (Oder); seit 2006 Universitätsprofessor an der Ruhr-Universität Bochum; Inhaber des Lehrstuhls für Bürgerliches Recht, Deutsches und Europäisches Handels- und Wirtschaftsrecht.

e-ISBN PDF 978-3-16-153008-1
ISBN 978-3-16-152975-7

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2013 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohr.de

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde-Druck in Tübingen gesetzt, auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und gebunden.

Vorwort

Das vorliegende Buch ist dem „Europäischen Vertragsrecht“ gewidmet (näher § 1 Rn. 1 ff.) und sollte eigentlich auch unter diesem Titel publiziert werden. Auf Drängen des Verlages wurde der Titel für diese Auflage buchstäblich in letzter Minute in „EU-Vertragsrecht“ geändert. In der Sache handelt es sich um eine völlig neu konzipierte und verfasste Ausgabe meines früheren (noch lieferbaren) Lehrbuchs zum selben Thema („Europäisches Vertragsrecht“, 2. Auflage, Berlin: de Gruyter, 2006). War jenes vor allem aus meiner Habilitationsschrift über „System und Prinzipien des Europäischen Vertragsrechts“ (Berlin: de Gruyter 2003) hervorgegangen, so beruht dieses auf meinen Vorlesungen zum „Europäischen Vertragsrecht“. Die Lehrveranstaltungen und die Erfordernisse der universitären Schwerpunktbereichsausbildung, vor allem aber die jüngeren Entwicklungen in Gesetzgebung und Rechtsprechung ließen einen neuen Zuschnitt geboten erscheinen.

Das Buch hat nach wie vor eine systematische Darstellung des Vertragsrechts der Europäischen Union zum Ziel. Dazu gehören zunächst einige Grundlagen (1. Teil): Grundrechte und Grundfreiheiten (§ 2), die Rechtsetzungskompetenzen (§ 3) sowie das internationale Vertragsrecht (§ 4). Mit dem Unternehmer- und Verbraucherbegriff sind einerseits schon Inhalte der Rechtsangleichung angesprochen, andererseits aber auch zentrale Fragen des Harmonisierungskonzepts (§ 5).

Die Rechtsangleichung wird im 2. und 3. Teil erörtert. Hier gibt es zunächst einen Bestand allgemeiner und übergreifender Regeln (2. Teil). Sie betreffen neben den Diskriminierungsverboten (§ 6) vor allem die vorvertraglichen Pflichten (§ 7), die Widerrufsrechte (§ 8), einige Grundsätze zu Vertragsinhalten (§ 9) sowie die Inhaltskontrolle (§ 10). Die Regelungen zu einzelnen Vertragstypen im 3. Teil werden nur exemplarisch behandelt. Von hervorragender Bedeutung sind hier die Verbrauchsgüterkaufrichtlinie (§ 11), die Verbraucherkreditrichtlinie (§ 12) und die Pauschalreiserrichtlinie (§ 13).

Einiges Kopfzerbrechen hat mir die Frage bereitet, wie zum jetzigen Zeitpunkt dem Vorschlag für ein Gemeinsames Europäisches Kaufrecht Rechnung zu tragen ist. Zum einen liegt dieses Kaufgesetz bislang nur im Entwurf vor. Zudem handelt es sich dabei nicht um einen Bestandteil der Rechtsangleichung, sondern um die Schaffung eines konkurrierenden Regimes. Zum anderen aber enthält der Entwurf Vorschriften, die denen der Rechtsangleichung entsprechen oder ähneln. Ich habe daher nicht nur im Zusammenhang mit der Entwicklung des Europäischen Ver-

tragsrechts auf den Vorschlag hingewiesen (§ 1), sondern auch bei einzelnen Sachfragen darauf Bezug genommen.

Sehr herzlich danke ich den Kollegen Prof. Dr. Dr. Stefan *Grundmann* und Prof. Dr. Florian *Möslein*, die das Manuskript in Teilen gelesen und mir dazu Anregungen gegeben haben. Für gedankenreiche Unterstützung bei der Vorbereitung des Manuskripts danke ich meinen Bochumer Mitarbeitern, vor allem Herrn Rechtsanwalt Dr. Alexander *Jüchser*, Herrn Assessor Frank *Rosenkranz*, Frau Referendarin Sandra *Rösler*, Frau Referendarin Eva *Strippel* sowie Frau Referendarin Eva *Muchowski*, Frau Assessorin Ricarda *Müller* und Herrn Referendar Jan Michael *Prinz*, der auch das Stichwortverzeichnis erstellt hat.

Bochum, im Juli 2013

Karl Riesenhuber

Gliederung

§ 1	Europäisches Vertragsrecht: Begriffsbestimmung, Entwicklung und Überblick, Grundbegriffe	1
-----	--	---

1. Teil: Grundlagen

§ 2	Grundrechte und Grundfreiheiten	22
§ 3	Rechtsetzungskompetenzen	41
§ 4	Internationales Vertragsrecht	56
§ 5	Unternehmer und Verbraucher – Dogmatik, Rechtspolitik, Harmonisierungskonzept	76

2. Teil: Allgemeine und übergreifende Regelungen

§ 6	Diskriminierungsverbote	98
§ 7	Vorvertragliche Rechte und Pflichten	113
§ 8	Widerrufsrechte	133
§ 9	Vertragliche Pflichten – Vertragsauslegung und Vertragsinhalt . . .	148
§ 10	Inhaltskontrolle nach der Klausel-Richtlinie	159

3. Teil: Regelungen zu einzelnen Vertragstypen

§ 11	Verbrauchsgüterkaufrichtlinie	180
§ 12	Verbraucherkreditrichtlinie	191
§ 13	Pauschalreiserichtlinie	206

	Stichwortverzeichnis	221
--	--------------------------------	-----

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Gliederung	VII
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Rechtsakte	XXIII
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XXVII

§ 1 Europäisches Vertragsrecht: Begriffsbestimmung, Entwicklung und Überblick, Grundbegriffe	1
I. Begriffsbestimmung: „Europäisches Vertragsrecht“	1
II. Europäisches Vertragsrecht als Vertragsrecht der EU	4
1. Primärrecht	4
2. Sekundärrecht	5
III. Entwicklungslinien des europäischen Vertragsrechts (i. w. S.)	7
1. Entwicklung des EU-Vertragsrechts	7
a) Die einzelnen Rechtsakte	8
Tabellarische Übersicht	9
b) Harmonisierungskonzept	12
2. „Gemeineuropäisches Vertragsrecht“	12
3. Konvergenz der Entwicklungen	13
IV. Das Vorhaben eines Gemeinsamen Europäischen Kaufrechts (GEK)	15
1. Übersicht	16
2. Ausgestaltung als „optionales Instrument“	16
3. Inhalte des GEK	17
4. Rechtspolitische Bewertung	18
V. Hilfsmittel: Datenbanken, Textsammlungen, Literatur	18

1. Teil: Grundlagen

§ 2 Grundrechte und Grundfreiheiten	22
I. Sachfragen	22
II. Entwicklung des Unionsrechts	23
III. Die Grundrechte der Grundrechtscharta	25

Inhaltsverzeichnis

1. Einführung und Übersicht über vertragsrechtsrelevante Grundrechte . .	25
2. Allgemeine Lehren	25
a) Anwendungsbereich der Grundrechtscharta	25
b) Grundrechtsdogmatik	26
c) Auslegung der Grundrechtscharta	27
3. Einzelne Grundrechte	28
a) Das Eigentumsrecht, Art. 17 I GRCh	28
b) Die Unternehmerische Freiheit, Art. 16 GRCh	28
c) Verbraucherschutz, Art. 38 GRCh	29
d) Schutz von Privatautonomie und Vertragsfreiheit	29
4. Drittwirkung der Grundrechte	30
IV. Die Grundfreiheiten des AEUV	30
1. Grundfreiheiten als Elemente des Binnenmarkts	31
2. Struktur der Grundfreiheiten	31
a) Übersicht	31
b) Das Beschränkungsverbot insbesondere	32
c) Rechtfertigung durch „zwingende Gründe des Allgemeinwohls“ . . .	33
3. Grundfreiheiten und Vertragsrecht	33
a) Cassis de Dijon als Grundlage des Informationsmodells	34
b) Privatrecht als Beschränkung der Grundfreiheiten	35
c) Drittwirkung der Grundfreiheiten	37
§ 3 Rechtsetzungskompetenzen	41
I. Grundlagen	41
II. Rechtsetzungskompetenzen für das Vertragsrecht	42
1. Übersicht	42
2. Die Binnenmarktkompetenz, Art. 114 AEUV	44
a) Voraussetzung: Binnenmarktzweck	44
b) Rechtsangleichung	47
c) Rechtsetzungsinstrumente: Maßnahmen	47
d) Inhaltliche Anforderungen: Hohes Verbraucherschutzniveau	48
e) Methoden der Rechtsangleichung	48
3. Die Verbraucherschutzkompetenz, Art. 169 AEUV	50
4. Die Kompetenz im Bereich der Justiziellen Zusammenarbeit, Art. 81 AEUV	51
III. Das ordentliche Gesetzgebungsverfahren – Übersicht	52
IV. Kompetenzfragen zu einzelnen Rechtsakten	53
1. Die Haustürgeschäfte richtlinie und die Verbraucherrecht richtlinie . . .	53
2. Der Vorschlag eines Gemeinsamen Europäischen Kaufrechts	54

§ 4 Internationales Vertragsrecht	56
I. Sachfragen	57
II. Übersicht über die Entwicklung	57
III. Anwendungsbereich der Rom I-VO	58
1. Der Anwendungsbereich nach Art. 1, 2 Rom I-VO	58
2. Vorbehalt spezieller unionsrechtlicher Kollisionsnormen	60
IV. Bestimmung des anwendbaren Rechts	60
1. Übersicht	60
2. Rechtswahl	60
a) Der Grundsatz der Parteiautonomie	60
b) Die Rechtswahl	61
c) Beschränkung der Rechtswahl bei reinen „Inlandssachverhalten“ und bei reinen Binnenmarktsachverhalten	62
3. Objektive Anknüpfung	63
4. Verbraucherverträge	63
a) Einführung und Übersicht	63
b) Anwendungsbereich	64
c) Objektive Anknüpfung	66
d) Rechtswahl und Günstigkeitsprinzip	66
e) Verbraucherschutz in speziellen unionsrechtlichen Kollisionsnormen (Art. 23 Rom I-VO)	66
f) Konkurrenzen	68
5. Eingriffsnormen und <i>ordre public</i>	69
a) Grundsätze	69
b) Verbraucherschutzvorschriften als Eingriffsnormen?	70
c) Vorbehalt der öffentlichen Ordnung (<i>ordre public</i>)	70
6. Die <i>Ingmar</i> -Rechtsprechung des EuGH	71
7. „Geltungsbereich“ des anzuwendenden Rechts	71
V. Kollisionsrecht und Harmonisierungskonzept	72
1. Rechtsangleichung und zwingender Verbraucherschutz	72
2. Die Wahl nichtstaatlicher („privater“) Regelwerke	73
3. Kollisionsrecht und das GEK	74
 § 5 Unternehmer und Verbraucher – Dogmatik, Rechtspolitik, Harmonisierungskonzept	 76
I. Sachfragen und Übersicht	77
1. Sachfragen	77
2. Resümee: Unternehmer und Verbraucher im Primär- und Kollisionsrecht	78
II. Persönliche und sachliche Abgrenzung	79
1. Unternehmer- und Verbraucherbegriff	79

Inhaltsverzeichnis

a) Definitionen	79
b) „Scheinunternehmer“	81
c) Verträge mit doppelter Zwecksetzung	81
d) Verbraucher im formellen und im materiellen Sinne	82
2. Der sachliche Anwendungsbereich des Verbraucherschutzes	83
a) Schutz bei bestimmten Vertriebsformen	83
b) Schutz bei bestimmten Formen der Vertragsgestaltung	84
c) Schutz bei bestimmten Geschäften	84
d) Unternehmensgründungsgeschäfte und Unternehmens- grundgeschäfte	85
III. Die Instrumente des Verbraucherschutzes	86
IV. Das Verbraucherleitbild	88
V. Verbraucherschutzkonzepte	91
VI. Verbraucherschutz und Harmonisierungskonzept	91
1. Das Harmonisierungskonzept des geltenden Europäischen Vertragsrechts	91
2. Das Harmonisierungskonzept des GEK	93

2. Teil: Allgemeine und übergreifende Regelungen

§ 6 Diskriminierungsverbote	98
I. Sachfragen	98
II. Diskriminierungsverbote im Primär- und Sekundärrecht – Übersicht . . .	99
III. Diskriminierungsverbote im Vertragsrecht	101
1. Regelungen	101
2. Anwendungsbereich	102
3. Systematik	103
4. Verbotene Differenzierungsmerkmale	104
5. Diskriminierung	104
a) Unmittelbare Diskriminierung	104
b) Mittelbare Diskriminierung	105
c) Belästigung	106
d) Sexuelle Belästigung	107
e) Anweisung zur Diskriminierung	107
6. Versicherungsmathematische Faktoren insbesondere	107
7. Rechtfertigung	108
8. Sanktionen	109
9. Beweislast und Informationsanspruch	110
IV. Diskriminierungsverbote im GEK	111

§ 7 Vorvertragliche Rechte und Pflichten	113
I. Sachfragen	114
II. Vertragsanbahnung und lauterer Geschäftsverkehr	114
1. Wiederholung: Grundfreiheiten als Schranke für Werbungsregelungen	115
2. Die Werbungsrichtlinie: Verbot irreführender und Erlaubnis vergleichender Werbung	115
3. Die UGP-Richtlinie: Werbung und Verbraucherinformation	117
4. Die Verbraucherpreisangabenrichtlinie	119
III. Vorvertragliche Informationspflichten	120
1. Überblick über die Regelung	120
2. Anwendungsbereich der Verbraucherrechtlinie	121
a) Anwendungsbereich	121
b) Grundbegriffe: Fernabsatz- und außerhalb von Geschäftsräumen geschlossene Verträge	123
3. Informationsobliegenheit im Hinblick auf „Extrazahlungen“	125
4. Information bei Verbraucherverträgen, die nicht im Fernabsatz oder außerhalb von Geschäftsräumen geschlossen wurden	125
5. Information bei Fernabsatz- und außerhalb von Geschäftsräumen geschlossenen Verträgen	128
a) Inhalte	128
b) Modalitäten	129
6. „Formale Anforderungen“ für Fernabsatz- und außerhalb von Geschäftsräumen geschlossene Verträge	129
a) Form der vorvertraglichen Information	129
b) Besondere Aspekte des elektronischen und des telefonischen Geschäftsverkehrs	130
c) Erleichterte Anforderungen für außerhalb von Geschäftsräumen geschlossene Verträge über geringwertige Reparatur- und Instandhaltungsarbeiten	131
d) Numerus clausus der formellen vorvertraglichen Informationsanforderungen	131
7. Rechtsfolgen der Verletzung vorvertraglicher Informationspflichten	132
§ 8 Widerrufsrechte	133
I. Sachfragen	133
II. Das Schutzinstrument des Widerrufsrechts	134
1. Charakteristika	134
2. Verhältnis zu Vertragsfreiheit und Selbstverantwortung	134
3. Rechtspolitische Bewertung	135
III. Übersicht über die Regelung im Europäischen Vertragsrecht	135
IV. Anwendungsbereich und sachliche Rechtfertigung	136

1. Widerrufsrecht beim Fernabsatz	136
2. Widerrufsrecht bei außerhalb von Geschäftsräumen geschlossen Verträgen	137
3. Ausnahmen vom Widerrufsrecht	138
V. Das Schutzsystem der Widerrufsrechte	139
1. Übersicht	139
2. Belehrungsobliegenheit	140
3. „Tatbestandslosigkeit“, Begründungs- und Formfreiheit	141
4. Widerrufsfrist	142
5. Widerrufsfolgen	143
a) Allgemein	143
b) Erstattung von Zahlungen	143
c) Rückgabe von Waren	144
d) Haftung für Wertverlust	145
e) Nutzungsersatz	146
f) Vergütung für Leistungen vor Ablauf der Widerrufsfrist	147
g) Akzessorische Verträge	147
§ 9 Vertragliche Pflichten – Vertragsauslegung und Vertragsinhalt	148
I. Sachfragen	148
II. Vertragsauslegung	149
1. Allgemeine Auslegungsgrundsätze	149
2. Die Unklarheitenregel: <i>in dubio contra proferentem</i>	150
3. Auslegung und Sprache	151
III. Bindung an vorvertragliche Angaben	151
1. Übersicht über die Regelungen	151
2. Grundgedanken	153
IV. Vertragliche Informationspflichten	154
1. Informationspflichten i. e. S.	154
2. Belehrungspflichten	155
3. Nachweispflichten	155
V. Einzelne Inhaltsbestimmungen	156
1. Lieferungszeitpunkt und Rücktritt wegen Verzögerung beim Kauf	157
2. Entgelt für die Verwendung bestimmter Zahlungsmittel	157
3. Risikoübergang beim Warenkauf	158
4. Kosten der telefonischen Kommunikation	158
§ 10 Inhaltskontrolle nach der Klausel-Richtlinie	159
I. Sachfragen	160
II. Der Schutzzweck der Klausel-Richtlinie	161

III. Der Anwendungsbereich der Klausel-Richtlinie	162
1. Persönlicher Anwendungsbereich: Verbraucherverträge	162
2. Sachlicher Anwendungsbereich: nicht im Einzelnen ausgehandelte Klauseln	162
3. Ausnahmebereich: „bindende Rechtsvorschriften“	164
IV. Die Einbeziehungskontrolle	164
V. Das Transparenzgebot	165
VI. Die Inhaltskontrolle	166
1. Ausnahmebereiche	166
2. Vorfrage: Unionsautonome Generalklausel?	167
3. Missbräuchlichkeit	168
a) Grundkonzept	168
b) Kriterien	170
c) Beurteilung im Einzelfall	173
4. Rechtsfolgen der Missbräuchlichkeit	174
VII. Durchsetzung der AGB-Kontrolle	175
1. Allgemein	175
2. Die Feststellung der Unverbindlichkeit von Amts wegen insbesondere	175
3. Verbandsklagen	177

3. Teil: Regelungen zu einzelnen Vertragstypen

§ 11 Verbrauchsgüterkaufrichtlinie	180
I. Sachfragen	180
II. Anwendungsbereich	181
III. Vertragsmäßigkeit	181
1. Bestimmung der Vertragsmäßigkeit	181
a) Subjektiver Mangelbegriff	181
b) Vermutung der Vertragsgemäßheit – Grundsätze	182
c) Öffentliche Äußerungen	183
d) Montagefehler und Montageanleitungsfehler	183
e) Quantitätsabweichungen, aliud und Rechtsmängel	184
f) Maßgeblicher Zeitpunkt und Beweislast	184
2. Gewährleistungsausschluss („keine Vertragswidrigkeit“)	185
IV. Rechte des Verbrauchers	185
1. Allgemein	185
2. Rangfolge der Rechtsbehelfe	186
3. Kumulation und Variation der Rechtsbehelfe	187
4. Fristen	187
5. Unabdingbarkeit	188
V. Garantien	189
VI. Rückgriffsrechte	189

§ 12 Verbraucherkreditrichtlinie	191
I. Sachfragen	191
II. Anwendungsbereich	192
III. Grundkonzepte	194
1. Grundlage: Effektiver Jahreszins	194
2. Der Grundsatz der „verantwortungsvollen Kreditvergabe“?	194
IV. Vorvertragliche Information	196
1. Werbung	196
2. Vorvertragliche Informationspflichten	196
3. Angemessene Erläuterungen	197
V. Vertragsschluss und Vertragsinhalt	199
1. Vertragsform, Vertragsinhalt, Nachweispflicht	199
2. Widerrufsrecht	200
VI. Vertragliche Rechte und Pflichten	201
1. Vertragliche Informationspflichten	201
2. Kündigungsrecht bei unbefristeten Kreditverträgen	201
3. Vorzeitige Rückzahlung	201
4. Forderungsabtretung	202
5. Verbundene Verträge	203
6. Rechtsdurchsetzung	205
§ 13 Pauschalreiserichtlinie	206
I. Sachfragen	206
II. Anwendungsbereich	208
III. Das Informationssystem	209
1. Übersicht	209
2. Vorvertragliche Information	210
a) Irreführungsverbot	210
b) Prospektpflichten	210
c) Spezielle Informationspflichten	211
3. Vertragliche Information	212
a) Vertragsinhalt	212
b) Informationen „rechtzeitig vor Beginn der Reise“	212
IV. Inhaltsvorschriften	213
1. Persönliche Verhinderung – Recht zur Vertragsübertragung	213
2. Preisänderungsklauseln	213
V. Leistungsstörungen	214
1. Spezielle Leistungsstörungstatbestände	214
a) Antizipierte Pflichtverletzung: Erhebliche Änderung wesentlicher Vertragsbestandteile vor Abreise	214

Inhaltsverzeichnis

b) Veranstalterstornierung vor Abreise sowie Folgen des veranlassten Rücktritts	215
c) Nichterbringung eines erheblichen Teils der vereinbarten Leistung nach Abreise	216
d) Bemühen bei Beanstandungen	216
2. Allgemeine Leistungsstörungstatbestände	216
a) Grundsatz der Haftung und Einstehenmüssen für Dienstleistungsträger	216
b) Anspruch auf Schadensersatz	217
c) Hilfeleistungspflicht	217
d) Abweichende Vertragsklauseln	218
e) Anzeigepflicht des Verbrauchers	218
f) Rückgriff	218
VI. Insolvenzversicherung	218
 Stichwortverzeichnis	 221

Abkürzungsverzeichnis

a. E.	am Ende
a. F.	alte Fassung
a. M.	anderer Meinung
ABGB	Österreichisches Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch
abl.	ablehnend
ABl.	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis (Jahrgang [Jahr] Seite)
ACQP	Principles of the Existing EC Contract Law (Acquis Principles)
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
Alt.	Alternative
AöR	Archiv für öffentliches Recht (Jahrgang [Jahr] Seite)
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
AWD	Außenwirtschaftsdienst des Betriebs-Beraters (Jahr, Seite)
BB	Betriebsberater (Jahr, Seite)
Bd.	Band
BE	Begründungserwägung (die Gründe, mit denen gem. Art. 296 AEUV Verordnungen, Richtlinien und Entscheidungen zu versehen sind)
bes.	besonders
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBL	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BKR	Bank- und Kapitalmarktrecht (Jahr, Seite)
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
bzw.	beziehungsweise
cic	culpa in contrahendo
CISG	Convention on Contracts for the International Sale of Goods
CMLR	Common Market Law Review (Jahr, Seite)
Code civil	Französischer Code civil von 1804
CR	Computer und Recht (Jahr, Seite)
d. h.	das heißt
ders.	derselbe
dies.	dieselbe/n
ebd.	ebenda
EG	1. Europäische Gemeinschaft; 2. Nach Bezeichnung eines Artikels: EG-Vertrag, Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, Konsolidierte Fassung mit den Änderungen durch den Vertrag von Amsterdam vom 2.10.1997
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuche
EGV	EG-Vertrag, Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft in der

Abkürzungsverzeichnis

	Fassung des Vertrags über die Europäische Union vom 7.2.1992 (Maastrichter Fassung)
ELJ	European Law Journal (Jahrgang [Jahr], Seite)
ELR	European Law Reporter (Jahrgang [Jahr] Seite)
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
endg.	endgültig
ERCL	European Review of Contract Law (Jahr, Seite)
ERPL	European Review of Private Law – Revue européenne de droit privé - Europäische Zeitschrift für Privatrecht (Jahr, Seite)
et al.	et alii (und andere)
EU	1. Europäische Union; 2. Nach Bezeichnung eines Artikels: EU-Vertrag, Vertrag über die Europäische Union, Konsolidierte Fassung mit den Änderungen durch den Vertrag von Amsterdam vom 2.10.1997
EuG	Gericht der Europäischen Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuR	Europarecht (Jahr, Seite)
EUV	EU-Vertrag, Vertrag über die Europäische Union, Reformierte Fassung mit den Änderungen durch den Vertrag von Lissabon vom 13.12.2007
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht (Jahr, Seite)
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht (Jahr, Seite)
f.	folgende/r (Singular)
ff.	folgende (Plural)
Fn.	Fußnote/n
FS	Festschrift
GPR	Gemeinschaftsprivatrecht (Jahr, Seite)
GRCh	Charta der Grundrechte
GRUR Int.	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil (Jahr, Seite)
GS	Gedächtnisschrift
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
Hrsg.	Herausgeber
Hs.	Halbsatz
i. d. F.	in der Fassung
i. d. R.	in der Regel
i. E.	im Einzelnen
i. Erg.	im Ergebnis
i. e. S.	im engeren Sinne
IPR	Internationales Privatrecht
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts (Jahr, Seite)
IPRspr.	Die deutsche Rechtsprechung auf dem Gebiete des Internationalen Privatrechts (Entscheidungssammlung; Jahr, lfd. Nr.)
i. S.	im Sinne
i. S. d.	im Sinne des/der
i. S. v.	im Sinne von
i. V. m.	in Verbindung mit
i. w. S.	im weiteren Sinne
JBl	Juristische Blätter (Jahr, Seite)
JCL	Journal of Comparative Law (Jahrgang [Jahr] Seite)
JR	Juristische Rundschau (Jahr, Seite)
JURA	Juristische Ausbildung (Jahr, Seite)
JuS	Juristische Schulung (Jahr, Seite)
JZ	Juristenzeitung (Jahr, Seite)
krit.	kritisch
LG	Landgericht

XX

Abkürzungsverzeichnis

lit.	litera (Buchstabe)
m. a. W.	mit anderen Worten
m. E.	meines Erachtens
m. N.	mit Nachweisen
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht (Jahr, Seite)
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Jahr, Seite)
Nr.	Nummer
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht (Jahr, Seite)
o. g.	oben genannte/n
OLG	Oberlandesgericht
Oxf. J. Leg. Stud.	Oxford Journal of Legal Studies (Jahrgang [Jahr] Seite)
PECL	Principles of European Contract Law
PICC	Unidroit Principles of International Commercial Contracts
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht (Jahrgang [Jahr] Seite)
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft (Jahr, Seite)
Rn.	Randnummer; im Zusammenhang mit Entscheidungen des EuGH regelmäßig (außer bei älteren Entscheidungen) zur Verweisung auf die Absätze der Entscheidungsgründe verwandt (s. a. Tz.)
RRa	Reiserecht aktuell (Jahr, Seite)
Rs.	Rechtssache (Aktenzeichen des EuGH)
S.	Seite; Satz
S./s.	Siehe/siehe
s. a.	siehe auch
Slg.	Amtliche Sammlung des EuGH (Jahr, Seite)
s. o.	siehe oben
sog.	sogenannte/r/s
st. Rspr.	ständige Rechtsprechung
s. u.	siehe unten
TranspR	Transportrecht (Jahr, Seite)
Tz.	Textziffer; im Zusammenhang mit Entscheidungen des EuGH regelmäßig zur Verweisung auf Ausführungen in den Schlussanträgen des Generalanwaltes verwandt (s. a. Rn.)
u. a.	unter anderem / und andere
u. Ä.	und Ähnliche/s
u. dgl.	und dergleichen
Utrecht L. Rev.	Utrecht Law Review (Jahrgang [Jahr] Seite)
U. Pa. L. Rev.	University of Pennsylvania Law Review (Jahrgang [Jahr], Seite)
usf.	und so fort
u. U.	unter Umständen
v. a.	vor allem
verb. Rs.	verbundene Rechtssachen (s. a. Rs.)
VersR	Versicherungsrecht (Jahr, Seite)
vgl.	vergleiche
VuR	Verbraucher und Recht (Jahr, Seite)
WM	Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht (Jahr, Seite)
WRP	Wettbewerb in Recht und Praxis (Jahr, Seite)
z. B.	zum Beispiel
z. T.	zum Teil
ZBB	Zeitschrift für Bankrecht und Bankwirtschaft (Jahr, Seite)
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht (Jahr, Seite)
ZfRV	Zeitschrift für Rechtsvergleichung (Jahr, Seite)

Abkürzungsverzeichnis

ZGR	Zeitschrift für Vertragsgestaltung, Schuld- und Haftungsrecht (Jahr, Seite)
ZGS	Zeitschrift für das gesamte Schuldrecht (Jahr, Seite)
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Wirtschaftsrecht (Jahrgang [Jahr], Seite)
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht (Jahr, Seite)
ZPO	Zivilprozessordnung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
zust.	zustimmend
zutr.	zutreffend
ZVglRWiss	Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaft (Jahrgang [Jahr] Seite)

Verzeichnis der abgekürzt zitierten Rechtsakte*

AGBRL – *AGB-Richtlinie*: s. KlauselRL

Brüssel I-VO – *Brüssel I-Verordnung*: s. EuGVVO

BÜRL – *Betriebsübergangsrichtlinie*: Richtlinie 2001/23/EG des Rates vom 12. März 2001 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Wahrung von Ansprüchen der Arbeitnehmer beim Übergang von Unternehmen, Betrieben oder Unternehmens- oder Betriebsteilen

BÜRL 1977 – *Betriebsübergangsrichtlinie 1977*: Richtlinie 77/187/EWG des Rates vom 14. Februar 1977 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Wahrung von Ansprüchen der Arbeitnehmer beim Übergang von Unternehmen, Betrieben oder Betriebsteilen, ABl. 1977 L 61/26

EComRL – *E-Commerce-Richtlinie*: Richtlinie 2000/31/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2000 über bestimmte rechtliche Aspekte der Dienste der Informationsgesellschaft, insbesondere des elektronischen Geschäftsverkehrs im Binnenmarkt („Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr“), ABl. 2001 L 82/16

EuGVÜ – *Europäisches Gerichtsstands- und Vollstreckungsübereinkommen*: Übereinkommen von Brüssel von 1968 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen, ABl. 1972 L 299/32 (konsolidierte Fassung)

EuGVVO – *Europäische Gerichtsstands- und Vollstreckungsverordnung*: Verordnung (EG) 44/2001 des Rates vom 22. Dezember 2000 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen, ABl. 2001 L 12/1

EuGVVO 2012 – *Europäische Gerichtsstands- und Vollstreckungsverordnung 2012*: Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2012 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen, ABl. 2012 L 351/1 (Geltungsbeginn gemäß Art. 81 EuGVVO 2012 am 10. Januar 2015)

EVÜ – *Europäisches Vertragsrechtsübereinkommen*: Übereinkommen 80/934/EWG über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht vom 19. Juni 1980, ABl. 1980 L 266/1, konsolidierte Fassung ABl. 1998 C 27/34

FARL – *Fernabsatzrichtlinie*: Richtlinie 97/7/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 1997 über den Verbraucherschutz bei Vertragsabschlüssen im Fernabsatz, ABl. 1997 L 144/19

* Angegeben sind nur Amtlicher Titel und Amtliche Fundstelle der ursprünglichen Fassung der Rechtsakte. Für Einzelheiten, s. www.eur-lex.eu. Die einzelnen Rechtsakte sind dort z.B. mit der „Einfachen Suche“ nach Dokumentnummer zu finden. Unter den „Bibliographischen“ Angaben sind sowohl Hinweise auf Änderungen wie auch auf Entscheidungen des EuGH zu finden.

Die wichtigsten Texte sind auch abgedruckt bei *Grundmann/Riesenhuber* (Hrsg.), *Europäisches Privatrecht – Textsammlung* (2. Aufl. 2012).

- FFRL** – *Finanz-Fernabsatzrichtlinie*: Richtlinie 2002/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. September 2002 über den Fernabsatz von Finanzdienstleistungen an Verbraucher und zur Änderung der Richtlinie 90/619/EWG des Rates und der Richtlinie 97/7/EG und 98/27/EG, ABl. 2002 L 271/16
- FgrBahnVO** – *Bahn-Fahrgastrechteverordnung*: Verordnung (EG) Nr. 1371/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2007 über die Rechte und Pflichten der Fahrgäste im Eisenbahnverkehr, ABl. 2007 L 315/14
- FgrBusVO** – *Bus-Fahrgastrechteverordnung*: Verordnung (EU) Nr. 181/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2011 über die Fahrgastrechte im Kraftomnibusverkehr und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004, ABl. 2011 L 55/1
- FgrSchiffVO** – *Schiff-Fahrgastrechteverordnung*: Verordnung (EU) Nr. 1177/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 über die Fahrgastrechte im See- und Binnenschiffsverkehr und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004, ABl. 2010 L 334/1
- FlugGRVO** – *Fluggastrechteverordnung*: Verordnung (EG) Nr. 261/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Februar 2004 über eine gemeinsame Regelung für Ausgleichs und Unterstützungsleistungen für Fluggäste im Fall der Nichtbeförderung und bei Annullierung oder großer Verspätung von Flügen und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 295/91 (Text von Bedeutung für den EWR) – Erklärung der Kommission, ABl. 2004 L 46/1
- GbAbRL 1976** – *Gleichbehandlungsrichtlinie Arbeitsbedingungen*: Richtlinie 76/207/EWG des Rates vom 9. Februar 1976 zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen hinsichtlich des Zugangs zur Beschäftigung, zur Berufsbildung und zum beruflichen Aufstieg sowie in Bezug auf die Arbeitsbedingungen, ABl. 1976 L 39/40
- GbLohnRL 1975** – *Gleichbehandlungsrichtlinie Lohn*: Richtlinie 75/117/EWG des Rates vom 10. Februar 1975 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Anwendung des Grundsatzes des gleichen Entgelts für Männer und Frauen, ABl. 1975 L 45/19
- GbRRL** – *Gleichbehandlungsrahmenrichtlinie*: Richtlinie 2000/78/EG des Rates vom 27. November 2000 zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf, ABl. 2000 L 303/16
- GDRL** – *Geschlechtsdiskriminierungsrichtlinie*: Richtlinie 2004/113/EG des Rates vom 13. Dezember 2004 zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen beim Zugang zu und bei der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen, ABl. 2004 L 373/37
- GDRL ArbR** – *Geschlechtsdiskriminierungsrichtlinie Arbeitsrecht*: Richtlinie 2006/54/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2006 zur Verwirklichung des Grundsatzes der Chancengleichheit und Gleichbehandlung von Männern und Frauen in Arbeits- und Beschäftigungsfragen (Neufassung), ABl. 2006 L 204/23
- GEK** – *Gemeinsames Europäisches Kaufrecht*: s. V-GEK
- HVertrRL** – *Handelsvertreterrichtlinie*: Richtlinie 86/653/EWG des Rates vom 18. Dezember 1986 zur Koordinierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten betreffend die selbständigen Handelsvertreter, ABl. 1986 L 382/17
- HtRL** – *Haustürgeschäfte richtlinie*: Richtlinie 85/577/EWG des Rates vom 20. Dezember 1985 betreffend den Verbraucherschutz im Falle von außerhalb von Geschäftsräumen geschlossenen Verträgen, ABl. 1985 L 372/31

- KlauselRL** – *Klauselrichtlinie*: Richtlinie 93/13/EWG des Rates vom 5. April 1993 über missbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen, ABl. 1993 L 95/29
- NwRL** – *Nachweisrichtlinie*: Richtlinie 91/533/EWG des Rates vom 14. Oktober 1991 über die Pflicht des Arbeitgebers zur Unterrichtung des Arbeitnehmers über die für seinen Arbeitsvertrag oder sein Arbeitsverhältnis geltenden Bedingungen, ABl. 1991 L 288/32
- PRRL** – *Pauschalreiserichtlinie*: Richtlinie 90/314/EWG des Rates vom 13. Juni 1990 über Pauschalreisen, ABl. 1990 L 158/59
- RDRL** – *Rassendiskriminierungsrichtlinie*: Richtlinie 2000/43/EG des Rates vom 29. Juni 2000 zur Anwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes ohne Unterschied der Rasse oder der ethnischen Herkunft, ABl. 2000 L 180/22
- Rom I-VO** – *Rom I-Verordnung*: Verordnung (EG) Nr. 593/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Juni 2008 über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht, ABl. 2008 L 177/6
- Rom II-VO** – *Rom II-Verordnung*: Verordnung (EG) Nr. 864/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Juli 2007 über das auf außervertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht, ABl. 2007 L 199/40
- SignRL** – *Signaturrichtlinie*: Richtlinie 1999/93/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 1999 über gemeinschaftliche Rahmenbedingungen für elektronische Signaturen, ABl. 199 L 13/12
- TSRL** – *Timesharingrichtlinie*: Richtlinie 2008/122/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Januar 2009 über den Schutz der Verbraucher im Hinblick auf bestimmte Aspekte von Teilzeitnutzungsverträgen, Verträgen über langfristige Urlaubsprodukte sowie Wiederverkaufs- und Tauschverträgen, ABl. 2009 L 33/10
- TSRL 1994** – *Timesharingrichtlinie 1994*: Richtlinie 94/47/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Oktober 1994 zum Schutz der Erwerber im Hinblick auf bestimmte Aspekte von Verträgen über den Erwerb von Teilzeitnutzungsrechten an Immobilien, ABl. 1994 L 280/83
- UGPRL** – *Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken*: Richtlinie 2005/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2005 über unlautere Geschäftspraktiken im binnenmarktinternen Geschäftsverkehr zwischen Unternehmen und Verbrauchern und zur Änderung der Richtlinie 84/450/EWG des Rates, der Richtlinien 97/7/EG, 98/27/EG und 2002/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates, ABl. 2005 L 149/22
- ÜwRL** – *Überweisungsrichtlinie*: Richtlinie 97/5/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Januar 1997 über grenzüberschreitende Überweisungen, ABl. 1997 L 43/25
- VerbrKrRL** – *Verbraucherkreditrichtlinie*: Richtlinie 2008/48/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2008 über Verbraucherkreditverträge und zur Aufhebung der Richtlinie 87/102/EWG des Rates, ABl. 2008 L 133/66
- VerbrKrRL 1987** – *Verbraucherkreditrichtlinie 1987*: Richtlinie 87/102/EWG des Rates vom 22. Dezember 1986 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über den Verbraucherkredit, ABl. 1987 L 42/48
- V-GEK** – *Vorschlag für ein Gemeinsames Europäisches Kaufrecht* (Anhang I zu V-GEKVO; Fundstelle s. dort)
- V-GEKVO** – *Vorschlag für eine Verordnung über ein Gemeinsames Europäisches Kaufrecht*: Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Gemeinsames Europäisches Kaufrecht, KOM(2011), 635 endg.
- VKRL** – *Verbrauchsgüterkaufrichtlinie*: Richtlinie 1999/44/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Mai 1999 zu bestimmten Aspekten des Verbrauchsgüterkaufs und der Garantien für Verbrauchsgüter, ABl. 1999 L 171/12